

PESCO-Rüstungskooperation: Potenzial und Bruchlinien

Eine verschlechterte äussere Bedrohungslage, zentrifugale Dynamiken im Innern sowie die Überforderung nationaler Strukturen befördern in der EU den Wunsch nach vertiefter Verteidigungskooperation. Die *Permanent Structured Cooperation* (PESCO) kann dafür einen Rahmen bieten – vorausgesetzt, ihre Prioritäten orientieren sich an praktischem Synergiepotenzial anstatt integrationspolitischer Symbolik.

Von Amos Dossi

Die Vision einer europäischen Verteidigungsunion ist beinahe so alt wie jene der europäischen Einigung und wurzelt in der deutsch-französischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Der diesbezüglich erste und bisher vielversprechendste Vorstoss, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), scheiterte bereits 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung sowie den Machtverhältnissen in Europa. Das mehrheitsfähigere Konkurrenzmodell NATO setzte sich durch. Kollektive Sicherheit, seitdem ein transatlantisches Unterfangen, konnte somit nicht mehr als Katalysator europäischer Integration dienen. Stattdessen etablierte sich kollektiver Wohlstand – also Wirtschaftspolitik – als Grundmotiv und -modus des Einigungsprojekts. Dieser Schwerpunkt bestand auch nach Ende des Kalten Krieges fort; der neu eröffnete sicherheitspolitische Integrationspielraum wurde zunächst nur halbherzig genutzt.

Insbesondere seit dem konfrontativen NATO-Gipfel im Juli 2018 wirkt die diesbezügliche Gangart jedoch zielstrebig. Mit Verweis auf die geopolitische Interessenverschiebung der USA sowie die zunehmend komplexe eigene Bedrohungslage werben europäische Spitzenpolitiker vermehrt für die Stärkung gemeinsamer Verteidigungsfähigkeiten unter dem Dach der EU. Zwar besteht zweifellos verteidigungspolitischer Aufholbedarf, für diese spezifi-



Ein Beispiel gelungener europäischer Rüstungskooperation ist das seit 1972 produzierte deutsch-französische Panzerabwehrraketensystem MILAN, das von über 30 Staaten eingesetzt wird. MBDA

sche Bewertung spielen jedoch nicht nur aussenpolitische, sondern auch innereuropäische Dynamiken eine Rolle. Diese stehen im weiteren Kontext der EU-Finalitätsdebatte, welche sich zwischen den Polen der föderalistischen *Vereinigten Staaten von Europa* und dem intergouvernementalen *Europa der Vaterländer* bewegt. Der europäische Integrationsprozess ist seit der Finanzkrise 2008 und insbesondere dem Brexit-Votum 2016 ins Stocken geraten. Souveränistische Opposition gegen das

Credo der *Ever Closer Union* organisiert sich zunehmend auch auf Regierungsebene. Hier kommt föderalistischen Kräften ein teilweiser Spurwechsel von der wirtschaftlichen zur weniger umstritten erscheinenden sicherheitspolitischen Integrationslogik durchaus gelegen.

Das institutionelle Vehikel für dieses Vorhaben ist PESCO. Diese von 25 EU-Mitgliedern – allen ausser Grossbritannien, Dänemark und Malta – eingegangene stän-

dige strukturierte Zusammenarbeit zielt auf Harmonisierung von Rüstungsmaterial und Militärorganisation, Förderung gemeinsamer Beschaffungsprojekte und Einsätze sowie Schaffung eines europäischen Rüstungs-Binnenmarktes. Die Agenda ist keine statische; Ziele und Mittelansatz sollen sich dynamisch fortentwickeln. Unvermeidbar ist, dass dabei teilweise widersprüchliche technologische, institutionelle und politische Logiken aufeinandertreffen. Bereits über die Hierarchie zwischen rüstungs- und bündnispolitischen Aspekten – was ist hier Zweck, was Mittel? – scheiden sich die Geister. Gemäss in EU-Kommission und -Parlament sowie Deutschland und Frankreich verbreiteten Vorstellungen soll PESCO langfristig den Boden für eine Sicherheits- und Verteidigungsunion bereiten. In Nord- und Osteuropa wiederum wird diese Idee, welche zwangsläufig die Übertragung nationaler Kompetenzen an die EU und potenziell ein Konkurrenzverhältnis zur NATO impliziert, skeptisch gesehen.

Zielsetzungen und Beitrittskriterien

PESCO soll die strategische Autonomie Europas vorantreiben. Strategische Autonomie kann absolut (als Zustand) oder relativ (als Prozess) aufgefasst werden, ist in dieser Hinsicht also ein abstraktes Konzept. Eindeutig jedoch ist das Motiv der Abgrenzung nach aussen, welche einen Bruch mit bisher vorherrschenden, eher globalisierungsfreundlichen Ansätzen darstellt. Befördert werden soll strategische Autonomie durch die stetige Vertiefung technologischer und institutioneller Interoperabilität zwischen bisher vornehmlich national gegliederten Rüstungsmärkten und Streitkräfteorganisationen. Beide Dimensionen von Interoperabilität kann man zunächst als praktisch-technische Problemstellungen auffassen, die auf interministerieller und industrieller Ebene handhabbar sind. Sie erhalten jedoch mit steigendem Ambitionsniveau zunehmend politischen Charakter. In der politischen Arena sind anstatt Ingenieuren oder Offizieren Politiker massgeblich. Dies ändert jedoch nichts an den spezifischen Funktionslogiken beider Dimensionen, welche im Folgenden skizziert werden.

Technologische (rüstungspolitische) Interoperabilität soll befördert werden durch Erarbeitung gemeinsamer technischer Standards sowie kooperative Beschaffungsprogramme unter dem Dach der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA).

Das Endziel: Reduktion von momentan etwa 180 in Europa gebräuchlichen Typen komplexer Waffensysteme auf 30. Am logischen Endpunkt dieses Pfades stünde einerseits ein innerhalb der Waffensystem-Kategorien europaweit vereinheitlichtes Arsenal, andererseits ein zentralisierter Beschaffungsprozess sowie eine Reihe trans-

Teilweise widersprüchliche technologische, institutionelle und politische Logiken treffen aufeinander.

national konsolidierter Systemintegratoren, also rüstungsindustrieller Generalunternehmer. Diese Vorgabe wird zwar in den Vertragstexten nicht ausdrücklich festgehalten, jedoch regelmässig als grosse Vision bemüht, wenn öffentlichkeitswirksam auf die reale oder vermeintliche Redundanz europäischer Rüstungsindustrie-, Beschaffungs- und Streitkräftestrukturen hingewiesen werden soll.

Institutionelle (bündnispolitische) Interoperabilität soll befördert werden durch Harmonisierung nationaler Streitkräftestrukturen und Durchführung gemeinsamer Einsätze. Es geht also um transnationale Vereinheitlichung auf organisatorischer, ausbildungstechnischer und doktrinaler Ebene. Technologische und institutionelle Interoperabilität korrespondieren. Während technologische ohne institutionelle Vereinheitlichung nur begrenzt möglich ist, erscheint die umgekehrte Herangehensweise inkonsequent – weil mit institutioneller Vereinheitlichung die meisten strukturellen Hindernisse technologischer Vereinheitlichung bereits aus dem Weg geräumt sind. Anders als das rüstungspolitische ist das bündnispolitische Endziel jedoch bisher undefiniert: europäische NATO (intergouvernemental verflochtene nationale Streitkräfte) oder europäische Einheitsarmee? In dieser kritischen Weichenstellung divergieren die Vorstellungen der PESCO-Mitglieder stark.

Beitrittskriterien für PESCO sind neben der EU-Mitgliedschaft die Verpflichtung zu 20 durch den EU-Ministerrat definierten verteidigungspolitischen Zielen, welche im Kontext oben skizzierter Dimensionen von Interoperabilität stehen. Zentrale Vorgaben sind die Beteiligung an EU-Battlegroups, Europäischer Verteidigungsagentur (EVA) und Europäischem Verteidigungsfonds (EVF) sowie – etwas vage – die glaubhafte Bereitschaft, sich einer

Verteidigungsausgaben-Quote von 2 Prozent des BIP anzunähern. Davon sollen 20 Prozent in Rüstung und davon wiederum 10 Prozent in Technologieforschung fließen. Die geforderte Rüstungsinvestitionsquote weicht kaum von der heute in Europa üblichen ab (siehe: CSS/NDB-Studie Verteidigungsausgaben, Juni 2013); relevant sind hier die 2 Prozent des BIP. Nichtmitglieder von PESCO beziehungsweise der EU können nur in Ausnahmefällen einbezogen werden, wenn dies ein am jeweiligen Projekt beteiligter Mitgliedstaat vorschlägt. Noch komplexer ist es industrieseitig: Ob und nach welcher Massgabe EU-Niederlassungen von Firmen mit Hauptsitz ausserhalb der EU wie RUAG Deutschland oder umgekehrt MOWAG als schweizerische Niederlassung des amerikanischen-europäischen Konzerns GDELS gleichberechtigt berücksichtigt werden, ist noch unklar.

Organisation, Projekte und Finanzen

Die organisatorische Grundlage von PESCO ist aufgrund der Vielfalt involvierter Akteure komplex. Der EU-Ministerrat definiert technisch-operative Vorgaben und erstellt entsprechende Projektlisten; die EU-Kommission priorisiert Projekte durch EVF-Fördermittel; das EU-Parlament spricht dafür das Budget und überwacht dessen Einhaltung; die Industrie wird im Vorfeld beratend beigezogen und setzt die Projekte um. Der Kreis schliesst sich mit dem einzelnen PESCO-Mitgliedstaat, der sich nach Bedarf an Projekten beteiligt. Die Schlüsselphase dieses mehrstufigen Prozesses ist der Übergang zwischen der Ratsebene und der Projektebene. Die diesbezügliche Koordination obliegt dem PESCO-Sekretariat, welches dem Hohen Vertreter für Aussen- und Sicherheitspolitik untersteht und durch den EU-Militärstab, den Auswärtigen Dienst sowie den EU-Militärausschuss unterstützt wird.

Die zentrale Idee von PESCO – Synergien zu befördern in Bereichen, in welchen die einzelnen Staaten ohnehin Geld ausgeben würden – sollte an sich mit einem vergleichsweise geringen Mittelbedarf auskommen. Die Beharrungskräfte nationaler Beschaffungsprozesse sind jedoch stark. Anreize zu ihrer Überwindung wurden mit dem EVF geschaffen. Sofern das EU-Parlament den entsprechenden Haushalt verabschiedet und rechtliche Bedenken der Linksfraktion ausgeräumt werden können, sollen aus dem EVF von 2021 bis 2027 insgesamt 13 Milliarden Euro in die Förderung kooperativer Projekte fließen. Aus

PESCO-Projekte

Die Liste aktueller Projekte – bisher im Wesentlichen Absichtserklärungen der genannten Länder – gliedert sich in sieben Kategorien: Ausbildung und Infrastruktur; Landstreitkräfte; Marine; Luftwaffe; Führungsinformation; logistische Unterstützungsdienste; Weltraum. Hervorzuheben sind (*Lead Nations* fett gedruckt, Stand 19.11.2018):

- Militärlogistischer «Schengen-Raum» (**DE, NL** + restliche Mitglieder)
- Aufstellung eines europäischen Lazarettkommandos (**DE, ES, FR, IT, NL, CZ, RO, SK, SE**)
- Gemeinsame Nutzung inner- und aussereuropäischer Militärbasen (**FR, BE, DE, ES, NL, CZ**)
- Entwicklung eines unbemannten Landfahrzeugs (**EE, BE, CZ, ES, FR, LV, HU, NL, PL, FI**)
- Entwicklung eines landbasierten Raketensystems mittlerer Reichweite (**FR, BE, CY**)
- Entwicklung eines intelligenten Artilleriesystems nebst Präzisionsmunition (**IT, SK**)
- Entwicklung eines modularen Schützenpanzersystems (**IT, GR, SK**)
- Entwicklung einer Drohne mittlerer Flughöhe sowie eines Drohnenabwehrsystems (**DE, FR, ES, IT, CZ**)
- Weiterentwicklung des Kampfhubschraubers Tiger/Eurocopter (**FR, DE, ES**)
- Weiterentwicklung des Galileo-Satellitensystems für militärische Zwecke (**FR, BE, ES, DE, IT**)

dem EU-Budget stammen 4,1 Milliarden Euro; die Länder steuern 8,9 Milliarden Euro bei. Als förderungswürdig gelten Projekte, an welchen sich mindestens zwei PESCO-Mitgliedstaaten und drei in der EU ansässige Firmen beteiligen. Sind diese Kriterien erfüllt, steuert der EVF bis zu 20 Prozent der Projektkosten bei; die verbleibenden 80 Prozent kommen aus den nationalen Beschaffungsbudgets. Dieser vierfache Hebel würde ein Gesamtvolumen von 65 Milliarden Euro ermöglichen. Dies entspricht in etwa dem deutschen Anteil am Eurofighter-Projekt: Die «Lebenswegkosten» der 140 beschafften Maschinen dürften nach Schätzungen des Bundesrechnungshofes bei über 60 Milliarden Euro liegen.

Politische Zielkonflikte

PESCO-Mitglieder sind insofern gleichberechtigt, als sie über ein Vetorecht verfügen. Hinsichtlich politischen, militärischen, finanziellen und industriellen Kapitals – also individuellen Gestaltungsspielraums – bestehen jedoch grosse Unterschiede. Die «Kernstaaten» sind Deutschland und Frankreich. Während Deutschlands Sicherheitspolitik im Interessen- und Aktionsradius regional und im Grundmodus reaktiv-konsensorientiert ist, trifft auf die französische das Gegenteil zu. Diese Dispositionen spiegeln sich in europapolitischen Präferenzen. In der Praxis nicht minder bedeutsam sind militärisch geforderte «Frontstaaten» wie beispielsweise Italien und Polen, welche in ihrer Polarität das wehrpolitische Dilemma Europas zwischen Interventionsfähigkeit und glaubhafter Territorialverteidigung repräsentieren. Dazu kommen neben den zentral- und westeuropäischen «Mitläufern» die bündnisfreien beziehungsweise integrations-skeptischen «Aussenseiter» in Nord- und Osteuropa. Die politischen Entwicklungslinien und Er-

folgchancen von PESCO hängen massgeblich davon ab, ob diese heterogenen Akteure kompatible Vorstellungen des Projektes entwickeln. Zentral steht hier die Frage, ob Ziele und Funktionsbedingungen des nationalen, NATO- und EU-Rahmens als widersprüchlich, einander ergänzend oder Nullsummenspiel aufgefasst werden.

Auf der EU-Ebene stehen sich die diesbezüglichen Positionen in abstrakterer Form gegenüber. Der Ministerrat tendiert wie die Mehrheit der Mitgliedstaaten dazu, mittelfristig erreichbaren technologischen und militärischen Fähigkeiten Gewinn als prioritären Zweck von PESCO aufzufassen. Daraus hat sich die Wahl der Mittel – im Sinne des institutionellen Rahmens und politischen Horizonts – zu ergeben. In EU-Kommission und -Parlament sowie unter deutschen und französischen Spitzenpolitikern scheint die umgekehrte Perspektive vorzuherrschen: Hier entsteht teilweise der Eindruck, dass politische Integration der langfristige Zweck eines nur vordergründig praktisch-militärisch daherkommenden Projektes sein soll. Die Haltung von PESCO gegenüber Grossbritannien – unabhängig vom EU-Austritt ein massgeblicher europäischer Sicherheitsakteur – dürfte indikativ dafür sein, welche Position sich hier letztlich durchsetzt.

Technologische Zielkonflikte

Der rüstungspolitische Ansatz von PESCO kann bereits konkreter bewertet werden. Seine Grundannahme lautet, national gegliederte Rüstungsindustrie- und Beschaffungsstrukturen seien redundant, weil der technologische und wirtschaftliche Leistungsausweis ihrer Produkte grundsätzlich schlechter sei als der durch

europaweite Vereinheitlichung erreichbare. Folglich geht es um transnationale Konsolidierung beziehungsweise Zentralisierung von Angebots- und Nachfrageseiten des europäischen Rüstungsmarktes sowie Standardisierung von Militärmaterial. Die Schwächung von nationalem Protektionismus und die Schaffung einer Koordinations- und Anreizstruktur zur Nutzung kooperativer Synergien sprechen ebenso für diesen Ansatz wie die Einsicht, dass gewisse Technologieprojekte eine finanzielle und industrielle «kritische Masse» benötigen, die der Einzelstaat kaum aufbringen kann. Es gibt jedoch auch fundamentale Gegenargumente.

Die Überwindung von politischen, konzeptuellen und strukturellen Kooperationshindernissen ist zwar grundsätzlich möglich, sofern Regierungen, Militärs und Unternehmen mitspielen. Dies bedeutet jedoch noch nicht, dass die in Brüsseler Pflichtenheften festgeschriebene Standardisierung in allen Technologiebereichen umsetzbar und dabei noch wirtschaftlich sein wird. Dies ist nur dort der Fall, wo zwei kritische Dynamiken konvergieren: Einerseits muss ein universelles System unterschiedliche Einsatzerfordernisse ohne Abstriche erfüllen, andererseits muss der aus der höheren Komplexität resultierende Kostenzuwachs geringer ausfallen als

Es stellt sich die Frage, ob PESCO als organisatorischer und konzeptueller Rahmen von Technologieinnovation langfristig nachhaltig sein kann.

die durch Massenproduktion erreichbaren Skalen- und Verbundeffekte.

Vorgelagert der Frage, ob der von PESCO propagierte Ansatz von Konsolidierung, Zentralisierung und Standardisierung im Einzelfall praktikabel ist, ist diejenige, ob er als organisatorischer und konzeptueller Rahmen von Technologieinnovation langfristig nachhaltig sein kann. Wie im zivilen existiert auch im militärischen Technologiesektor ein grundsätzlicher Zielkonflikt zwischen Effizienz- und Effektivitätsmaximierung. Dieses *Produktivitätsdilemma* durchdringt alle Aspekte des industriellen Innovationsprozesses: Abhängig von Erfolgsmasstab und entsprechendem Innovationsmodus ergeben sich entgegengesetzte organisatorische Notwendigkeiten, welche mit unterschiedlichen Ansätzen der Problemerk-

PESCO und die Schweiz

Je enger die Verquickung der rüstungs- und bündnispolitischen Dimensionen von PESCO, desto höher der interne und externe Anpassungsdruck. Die Schweiz hat ein Interesse daran, gute Rüstungsbeziehungen zu ihren europäischen Partnern aufrechtzuerhalten, weil sie von dort für die Armee Waffensysteme beschafft und ihre Industrie dorthin exportiert. Diese **Interdependenz ist asymmetrisch**; ein allfälliges Versiegen dieser Waren- und Wissensströme wäre für die Schweiz erheblich problematischer als für die EU. Im Verhältnis zwischen der EU und der Summe sonstiger westlicher Industriestaaten stellt sich dies jedoch anders dar. Gewährt PESCO, rüstungs- und bündnispolitisch pragmatisch, befähigten Nichtmitgliedern wie der Schweiz einen **politisch unverbindlicheren Assoziiertenstatus**, kann dies für alle Beteiligten vorteilhaft sein. Soll PESCO jedoch langfristig als integrationspolitischer Hebel dienen, **könnte der Zugang zu einem künftigen Rüstungs-Binnenmarkt für Integrationsunwillige und Nichtmitglieder erschwert werden**. Ein derart radikales Vorgehen wäre für die EU in jeder Hinsicht riskant, ist jedoch nicht kategorisch auszuschliessen.

Abhängig von allgemeiner Bedrohungslage sowie dem technologischen und politischen Leistungsausweis des PESCO-Rahmens **blieben der Schweiz in einem solchen Szenario folgende Handlungsoptionen**: 1) PESCO-Vollmitgliedschaft (was dem EU-Beitritt und der Aufgabe der Neutralität gleichkäme); 2) passiver Konsumentenstatus gegenüber PESCO oder aussereuropäischen Lieferanten (unter Aufgabe eigener Industriefähigkeiten und Inkaufnahme politischer Erpressbarkeit); 3) verstärkte industrielle Autonomie (zumindest im Bereich rüstungstechnischen Kernbedarfs); 4) Eingehen langfristiger Kooperationen mit befreundeten Nichtmitgliedern (beispielsweise Grossbritannien oder Norwegen). Optionen 3) und 4) wären parallel zu verfolgen.

sung und -lösung korrespondieren. Diese in sich stimmigen, untereinander jedoch widersprüchlichen Ansätze bringen Vor- und Nachteile mit sich.

Ein *Fokus auf Effizienzgewinn* durch Skalen- und Verbundeffekte erfordert organisatorische Bündelung und technologische Standardisierung. Dieser *prozessorientierte Ansatz* impliziert ein statisches, potenziell stagnierendes Technologieverständnis – und riskiert damit Ineffektivität. Dazu kommt die auch aus Effizienzperspektive problematische Monopolbildung. Umgekehrt erfordert ein *Fokus auf Effektivitätsgewinn* durch Optimierung produktbezogener Anpassungsfähigkeit organisatorische Kleinzigeligkeit und technologische Spezialisierung. Dieser *produktorientierte Ansatz* impliziert Fragmentierung, welche das Risiko wirtschaftlicher und institutioneller Überforderung birgt – also Ineffizienz. Dazu kommt die auch aus Effektivitätsperspektive problematische Einengung des Einsatzspektrums puristisch ausgelegter Waffensysteme. Die einseitige Betonung des einen Erfolgsmassstabes nimmt somit zwangsläufig Defizite beim jeweils anderen in Kauf und führt im Extremfall zu einem Scheitern entlang beider Dimensionen.

Um erfolgreich – also effektiv und effizient – zu sein, muss Rüstungspolitik die spezifischen Logiken von Produkt- und Prozessinnovation in sich vereinigen. Wo das entsprechende Gleichgewicht liegt, hängt von zahlreichen, nur teilweise kontrollierbaren Faktoren ab. Zentral stehen hier die Komplexität des angestrebten Produkts sowie die Entwicklungsdynamiken der zugrundeliegenden Bedrohungsbilder und Technologiebereiche. Bisherige Erfahrungen legen nahe, dass in basalen beziehungsweise statischen Kontexten durchaus Standardisierungspotenzial existiert, dieses jedoch

Die Ziele von PESCO sind stets ambitioniert, oft unklar definiert, teils widersprüchlich und werden fast immer unterschiedlich interpretiert und priorisiert.

mit zunehmender Komplexität beziehungsweise Dynamik abnimmt. Selbst in der planwirtschaftlichen Sowjetunion wurde dieser Zusammenhang zwischen Wettbewerb, Technologie und Innovation gewürdigt und insbesondere bei anspruchsvolleren Beschaffungsvorhaben mehrere konkurrierende Konstruktionsbüros in die Ausschreibung einbezogen. Auch in Europa wird man diesbezüglich einen

Kompromiss finden müssen, der über ein möglichst breites Technologiespektrum tragfähig ist.

Bruchlinien

PESCO ist ein Balanceakt zwischen divergierenden europapolitischen Visionen, sicherheitspolitischen Notwendigkeiten und bündnispolitischen Präferenzen. Die vorgebrachten Ziele sind stets ambitioniert, oft unklar definiert, teils widersprüchlich und werden fast immer unterschiedlich interpretiert und priorisiert. Der sich momentan abzeichnende Ansatz krankt jedoch nicht nur an fundamentalen Interessen- und Zielkonflikten, sondern darüber hinaus an der innovationstheoretischen Problematik, dass es auch bei völliger Überwindung dieser Konflikte kein Patentrezept für die gesamteuropäische Organisation des Hochtechnologie-sektors Rüstung gäbe. Daraus resultierende Bruchlinien lassen sich anhand folgender Gegenüberstellung aufzeigen.

- Strategischer Horizont: PESCO will zielgerichtet *und* ergebnisoffen sein;
- Zweck und Mittel: PESCO will praktisch-technische über politische Ziele stellen – *und* andersherum;
- Bündnispolitik: PESCO will Ergänzung *und* Alternative zur NATO sein;
- Operative Prioritäten: PESCO will Interventionsfähigkeit *und* glaubhafte Territorialverteidigung;
- Markt: PESCO will Wettbewerb *und* Konsolidierung;
- Technologie: PESCO will radikale Innovation *und* (kleinsten) gemeinsamen Nenner.

Vor diesem Hintergrund wird man sich in den Institutionen und Hauptstädten der EU vertieft mit der Frage beschäftigen müssen, wo Rüstungskoooperation an ihre natürlichen Grenzen stösst und bis zu welchem Masse es sinnvoll ist, sie als bündnispolitisches Projekt zu institutionalisieren. Die Devise *form follows function* wäre ein geeigneter Leitgedanke für die nachhaltige Priorisierung entsprechender Zielvorgaben.

Amos Dossi ist Forscher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Seine Forschungsinteressen liegen in den Innovationsdynamiken konventioneller Militärtechnologie.

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Lisa Watanabe, Fabien Merz, Benno Zogg
Lektorat: Benno Zogg
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden-Ganzoni
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000329142

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Die Koreas nähern sich an: Chancen und Hürden Nr. 240
Mehr Kontinuität als Wandel im Kongo Nr. 239
Militärtechnologie: Mythos Imitation Nr. 238
Der Militärpfeiler der OSZE: Der FSK-Vorsitz der Schweiz Nr. 237
UNO-Missionen in Afrika: Mali und Somalia Nr. 236
Intelligente Schutzsysteme für die Stadt der Zukunft Nr. 235